LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

18.04.2023
Drucksache 8/2517

öffentlich

Antrag
–

Fraktion DIE LINKE

Krankenhauslandschaft für Patient:innen und Beschäftigte gestalten - Gesundheitspolitische Kommission einsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,

   a. dass Gesundheitsversorgung elementare soziale Daseinsversorgung ist und bedarfsgerecht zu gestalten ist.
   b. dass es zu keinen weiteren Schließungen von Standorten von Krankenhäusern im Land Sachsen-Anhalt kommen darf, um die flächendeckende Gesundheitsversorgung der Menschen nicht weiter zu gefährden.
   c. dass eine nach Wirtschaftlichkeit organisierte Gesundheitsversorgung zulasten der Patient:innen und Beschäftigten geht.

2. Der Landtag

   a. setzt eine gesundheitspolitische Kommission ein und beruft deren Mitglieder schnellstmöglich bis zum Ende des II. Quartals.

      Dieser Kommission sollen angehören:

      - die Krankenhausgesellschaft Sachsen-Anhalt,
      - der Verband der kommunalen und landeseigenen Krankenhäuser Sachsen-Anhalt e. V.,
      - Vertreter:innen der kommunalen Krankenhäuser, der frei-gemeinnützigen Krankenhäuser, der Unikliniken,
      - Vertreter:innen der Krankenkassen,
      - Kassenärztliche Vereinigung,
      - Landeshebammenverband,

(Ausgegeben am 19.04.2023)

- Verband Leitender Kinder- und Jugendärzte und Kinderchirurgen (VLKKD),
- Patient:innenvertretung/Patient:innenfürsprecher:innen,
- Kommunaler Spitzenverband,
- Gewerkschaften,
- Landessenior:innenvertretung,
- Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt,
- LIGA der freien Wohlfahrtspflege Sachsen-Anhalt,
- Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände (LAGF),
- Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt,
- Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Sachsen-Anhalt,
- Verbaucher:innenschutz,
- MediNetz Halle/Magdeburg,
- je ein Mitglied der im Landtag vertretenen Fraktionen,
- je ein:e Vertreter:in aus den Ministerien für Soziales, Wissenschaft, Finanzen und Inneres.

b. beauftragt die Kommission, eine demokratische Gestaltung und prospektive Planung der Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt unter Einbindung des aktuellen Krankenhaus-Gutachtens des Landes und der Reformpläne des Bundes zu beraten und der Landesregierung Empfehlungen auszusprechen.

c. bittet die Kommission, einen Zeitplan zur Umsetzung der Aufgaben der Kommission zu entwerfen, der Ergebnisse mit klaren Handlungsmöglichkeiten noch im Jahr 2023 vorsieht.

Begründung

Die medizinische Versorgung der Menschen im Land verschlechtert sich seit Jahren. Kliniken und Stationen schließen oder kämpfen um ihren Erhalt. Das Fehlanreize schaffende System der Fallpauschalen (DRG) führt zu Kosteneinsparungen und Umsatzorientierung im Bereich der Gesundheitsversorgung. In diesem sozialen, sensiblen Bereich nach Profit zu streben, macht die Menschen und Beschäftigten krank. Die medizinische Versorgung ist ein zutiefst menschlicher Bereich, der Zuwendung und Zeit braucht. Privatkliniken, die Profit im Gesundheitsbereich generieren wollen und können, tun dies auf dem Rücken ihres Personals.

Die ersten veröffentlichten Ergebnisse des Krankenhaus-Gutachtens beschreiben die Misere, fordern eine Investition in die Krankenhäuser und stellen bereits eine Unterversorgung, besonders im Bereich des nördlichen ländlichen Raums im Land fest. Im Süden des Landes pendeln die Patient:innen ins Nachbarland Sachsen, was jedoch für keine Seite eine Perspektive sein kann. Jetzt muss demokratisch eine Krankenhausplanung im Land gestaltet werden, um zu verhindern, dass weitere Einschnitte in der medizinischen Versorgung folgen, was durch die ersten Vorschläge zur Bundes-Krankenhausreform noch wahrscheinlicher wird.

Deshalb schlägt die einbringende Fraktion eine Kommission mit den genannten Vertreter:innen vor.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz